

Forum Wissenschaft & Umwelt: Mehr Lebensqualität durch Klimaschutz!

Die Klimakrise erfordert eine andere, energische Politik.

Klimaschutz sei mühsam und teuer ist oft zu hören.

„Das stimmt. Zahlreiche Maßnahmen sind notwendig, praktisch alle Lebensbereiche betroffen. Natürlich verursacht das Kosten.“, erklärt Prof. Dr. Reinhold Christian, geschäftsführender Präsident des Forum Wissenschaft & Umwelt und Vizepräsident des Umweltweltdachverbandes. „Aber: Mehrere wissenschaftlich fundierte Studien zeigen: Klimaschutz vermeidet Katastrophen und Schäden und damit sehr viel höhere Kosten, die entstehen würden, wenn wir nichts tun und der Katastrophe ihren freien Lauf lassen. Dazu sichert er unser Überleben, ja höhere Lebensqualität für Mensch und Natur, jetzt und auch in Zukunft.“

2019: Konkrete Maßnahmen, Pläne und deren Umsetzung beginnen!

2019 muss das Jahr des Klimaschutzes werden. Die Klimakrise verträgt keinen weiteren Aufschub sondern es muss ihr endlich wirkungsvoll begegnet werden. „Österreich muss dabei auch völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtungen wie der Klimaschutzvereinbarung der UNO von Paris 2015 und den Nachhaltigkeitszielen der UNO-Agenda 2030 nachkommen.“ unterstreicht Univ.-Doz. Dr. Peter Weish, Präsident des Forum Wissenschaft & Umwelt.

„Die äußerst lückenhafte Energie- und Klimastrategie muss auf die Pariser Klimaziele ausgerichtet und mit konkreten Maßnahmen und Zeitplänen ausgestaltet werden, die die notwendigen Klimaziele plausibel erreichen lassen. Betroffen sind praktisch alle Lebensbereiche vom Verkehr zur Gewerbeordnung, vom Ökostrom zur Raumordnung.“

Raus aus fossiler Energie:

Besonders wichtig ist dabei der zügige Ausstieg aus allen fossilen Energien – Kohle, Öl, Gas. Derzeit sind eher kontraproduktive Entwicklungen zu beobachten. So scheint z.B. die

Wasserstoffstrategie dem fossilen Erdgas einen langfristigen Weiterbestand zu sichern, u.a. deshalb, weil nur eine relativ geringe Beimengung, aber kein vollständiger Ersatz des Erdgases möglich und die erschließbaren Potenziale – auch an Biogas – für den vollständigen Ersatz der derzeit verbrauchten Erdgasmengen zu gering sind. Hier droht neben einer Verschwendung von Geld und Ressourcen auch Naturzerstörung

Statt einer Prolongation der fossilen Ära durch kostspielige Investitionen in Infrastruktur, Fracking aber auch durch langfristige Lieferverträge und entsprechende Verpflichtungen, sind von der fossilen Energiewirtschaft und ihrem Netzwerk zügige Ausstiegspläne zu verlangen und dafür verbindliche Zeitpunkte vorzugeben. Dies gilt insbesondere für staatsnahe Betriebe wie die OMV.

Ziele nachschärfen statt unterlaufen:

Die aktuellen Ziele Österreichs für das Jahr 2030 reichen nicht aus, um die Vorgaben der EU zu erfüllen. Die Ziele der EU andererseits reichen nicht aus, um die Verpflichtung von Paris zu erfüllen, schon gar nicht, um den aktuellen Erkenntnissen des IPCC-Sonderberichtes SR15 gerecht zu werden. Aus dem IPCC-Sonderbericht geht klar hervor, dass für eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5°C die (globale) Treibhausgasneutralität bereits 2040 erreicht werden muss. Österreich muss sich also national und international für stärkere Zielsetzungen und kürzere Fristen einsetzen.

Alle politischen Instrumentarien nutzen

Ohne strenge Regeln, ja Verbote wird wirkungsvoller Klimaschutz nicht auskommen. Das (angekündigte) Verbot von Ölheizungen ab 2020 im Neubau und ab 2025 im Bestand zeigt, dass die Bundesregierung das grundsätzlich erkannt hat.

Vorzuziehen sind allerdings gelindere Mittel wie z.B. finanzielle Anreize, wenn damit die Ziele erreicht werden. „Das Forum Wissenschaft & Umwelt hat Konzepte einer aufkommensneutralen Umschichtung von Steuern und Abgaben – Weg von Lohn- und Einkommenssteuern, Lohnnebenkosten und hin zur Belastung vor allem erschöpfbarer Ressourcen – ausgearbeitet.“, unterstreicht Christian. „Jedenfalls müssen kontraproduktive Förderungen abgebaut werden, die es noch immer für fossile Energieträger gibt – von Dieselprivileg bis zum Steuererlass in der Stromproduktion.“, ergänzt Weish.

Die Kompetenz der Österreichischen Wissenschaft in diesen Bereichen wurde in der letzten Dekade mit staatlichen Mitteln über den Klima- und Energiefonds deutlich gestärkt. Die Wissenschaft hat auch schon mehrere Studien vorgelegt, die als Entscheidungsgrundlagen herangezogen werden können. Es liegt an den Entscheidungsträger_innen, von dieser Kompetenz Gebrauch zu machen.“ so Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Helga Kromp-Kolb, Präsidentin des Forum Wissenschaft & Umwelt.

Bisher oft übersehen wurde, dass alle Akteure für die Umsetzung des Klimaschutzes in Ihren Tätigkeitsbereichen Informationen brauchen, Wissen, Kenntnisse und Fähigkeiten dazu, was wie zu geschehen hat und vorteilhaft geschehen kann – und natürlich die Motivation zum Handeln. „Die Verankerung des Nachhaltigkeitsthemas im Bildungswesen vom Kindergarten über die Lehrlingsausbildung bis zu den Universitäten ist daher eminent wichtig, damit alle gemeinsam Klima und Umwelt wirkungsvoll schützen und eine gute Zukunft sichern können!“, so Helga Kromp-Kolb, Peter Weish und Reinhold Christian abschließend.

Prof. Dr. Reinhold Christian
Geschäftsführender
Präsident

Univ-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Helga Kromp-Kolb
Präsidentin

Univ.-Doz. Dr. Peter Weish
Präsident

Rückfragen bitte an Prof. Dr. Reinhold Christian: 0699/120 18 571; office@fwu.at